

Leserbrief an die Berliner Zeitung [briefe@berliner-zeitung.de](mailto:briefe@berliner-zeitung.de)  
8.6.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich sehr herzlich bei Ihnen dafür bedanken, dass die Berliner Zeitung als einziges Medium in Berlin und dem Berliner Umland die Rolle übernommen hat, kritische Berichte zum Thema Tesla zu veröffentlichen. Der gestrige Artikel von Ihrem Mitarbeiter Flynn Jacobs zu den aggressiven Steuervermeidungspraktiken Teslas ist ein Beispiel dafür. Doch nun zu dessen Inhalt:

Mit einem Schreiben vom 28. August 2019 warb der Ministerpräsident Brandenburgs, Dietmar Woidke, bei Herrn Dr. Jörg Vitus Wittemann, damaliger Government Relations Manager Teslas, um die Ansiedlung des Elektrobauers im Brandenburgischen Freienbrink, Ortsteil Grünheides. Als Argumente, die Tesla in seiner Standortentscheidung bekräftigen sollten (in die engere Auswahl hatte es Tesla bereits gezogen) führte der Ministerpräsident wörtlich an: **"Im europäischen Maßstab zählt Brandenburg zu den Gebieten mit den interessantesten Förderbedingungen bei Investitionen"** und **"Darüber hinaus finden Sie am Standort Freienbrink günstige steuerliche Bedingungen."**

Nun grenzt es zwar an Naivität zu glauben, dass man den reichsten Mann der Welt darüber belehren müsse, wie „günstige steuerliche Bedingungen“ zu nutzen seien. Wenn Elon Musk diese Kenntnisse fehlten, wäre er nicht der reichste Mann der Welt geworden. Dennoch mögen Dietmar Woidke und seine Minister überrascht gewesen sein, wie „aggressiv“ die Steuervermeidungspraktiken des Mannes, den der ehemalige Wirtschaftsminister (SPD) Jörg Steinbach noch vor Kurzem als seinen „Freund“ bezeichnete, dann in der Realität aussehen. Als aber absehbar wurde, dass Tesla ab 2021 pro Jahr lediglich sechs Millionen an Steuern zahlte, lag es in der Hand der Brandenburger Regierung, sich gegen die Investition von jeweils über 200 Millionen Euro in die Infrastruktur von Bahn und Strassen zu entscheiden. Ein Überdenken dieser Investitionen ist umso mehr angezeigt, als inzwischen anzuzweifeln ist, ob die Gigafactory in Freienbrink bei stockendem Absatz der E-Autos jemals zwei Millionen Fahrzeuge produzieren und 40.000 Mitarbeiter beschäftigen wird, und da die Ziele, die Elon Musk auch mit dem durch Tesla verdienten Geld verfolgt, nicht die Ziele der deutschen Politik sein können.

Und da wir gerade beim Aufrechnen von Gewinnen und Verlusten sind: Die Grünheider Bürger verlieren gerade alles, was ihnen bisher als „Gewinn“ galt: Die Schönheit ihrer Wohnumgebung, eine intakte Natur, eine hinreichend funktionierende Infrastruktur und jetzt wohl auch noch ihr sauberes Trinkwasser. Ihr Vertrauen in die Demokratie haben sie im Laufe des für sie entwürdigenden „Beteiligungsprozesses“ an dem Tesla-Genehmigungsverfahren bereits verloren.

Mit freundlichen Grüßen und in der Hoffnung auf eine anhaltend objektive Berichterstattung auch beim „Herzensthema“ der Brandenburger Regierung, dem Thema Tesla,  
[Dr. Heidemarie Schroeder, Grünheide](#)